

Angestachelt durch diese offizielle Doktrin, entführte am 22. September 1976 die geheime Terrororganisation „Brasilianische Antikommunistische Allianz“ (AAB – Aliança Anticomunista Brasileira) den Bischof von Nova Iguaçu Rio, *Dom Adriano Hypolito*. Sie beschimpften den Bischof als einen „kommunistischen Verbrecher“, entkleideten und schlugen ihn, um ihn dann mit roter Farbe beschmiert auf die Straße zu werfen. Seinen Wagen fuhren sie vor den Sitz der Nationalen Bischofskonferenz und sprengten ihn in die Luft. Bischof Adriano ist durch seine unbeirrbar Arbeit in der Bewußtseinsbildung der Bevölkerung und durch seinen Kampf gegen die klandestine „Todesschwadron“ den rechtsextremen Kräften unter Politikern und Militärs ein Dorn im Auge. Der Apostolische Nuntius in Brasilien, Erzbischof *Carmino Rocco*, war als erster kirchlicher Würdenträger bei Bischof Adriano, um ihm seine Hilfe anzubieten. Die Päpstliche Kommission für Frieden und Gerechtigkeit in São Paulo veröffentlichte inzwischen die Dokumentation des seinen Auftrages entbundenen Staatsanwaltes *Bicudo* über die Todesschwadron.

Die Anteilnahme der Bevölkerung am Schicksal ihres Bischofs zeigte der Hierarchie, die sich in ihrer Gesamtheit mit Dom Adriano solidarisch erklärte, jedoch, daß die Kirche die echten Anliegen des Volkes zu den eigenen gemacht hat. „In vergangenen Zeiten rieten wir in unseren Predigten dem Volk vor allem zur Geduld und Ergebenheit. Ohne daß wir dieses Thema aufgegeben hätten, richtet sich unser Wort heute an die Großen und Mächtigen, um sie auf ihre Verantwortung für die Leiden des Volkes aufmerksam zu machen“ (Hirtenwort, Abschnitt III).

„Ein Friede, der das Leben verteidigt“

Der Hirtenbrief vom 15. November 1976 war in Zusammenarbeit mit allen Gruppierungen der Kirche entstanden und wurde von der Repräsentativkommission der Brasilianischen Bi-

schöfskonferenz im Namen aller Bischöfe Brasiliens herausgegeben. Sicherlich war dem einen oder anderen Vertreter des Episkopates der direkte Stil, die offene Anklage, zu undiplomatisch. Das aus einem wörtlichen Verständnis der befreienden Botschaft Christi lebende Glaubenszeugnis in diesem Dokument wird aber von allen Bischöfen getragen. Es fand in ganz Brasilien Zustimmung. Viele Nationale Bischofskonferenzen haben inzwischen die Anregung der Brasilianischen Bischofskonferenz zu einem internationalen Menschenrechtskongreß aufgegriffen. Der Vatikan mit seinen Publikationsorganen widmet den Ereignissen in Brasilien eine erhöhte Aufmerksamkeit. Die Stimme der Kirche Brasiliens wird also mehr und mehr gehört.

Bei ihrer letzten Pressekonferenz zum Tag des Friedens (1. Januar 1977) bemühten sich die Sprecher der Brasilianischen Bischofskonferenz um äußerste Zurückhaltung und verwiesen die zahlreichen Journalisten auf ihren Text über den Frieden. In diesem Schreiben aber heißt es: „Wir wünschen keinen Friedhofsfrieden, sondern einen Frieden, der das Leben verteidigt in allen seinen physischen und moralischen Bereichen.“

Der Friede habe genaue Bedingungen und stelle klare Forderungen: „Als erstes ist es die Gewißheit, daß der Friede möglich ist. Diese große ermutigende Gewißheit will der Heilige Vater in seiner Botschaft der Welt vermitteln. Unser Vaterland besitzt be-

sonders gute Voraussetzungen, diese Gewißheit zu bestätigen und der Welt zu beweisen, daß es möglich ist, auf friedliche Weise die Forderungen einer vollen und integralen Entwicklung zu verwirklichen. Schließlich bewältigte Brasilien auf friedliche Weise Probleme, die andere Nationen heute noch zerfleischen, und überwand unblutig Krisen, die andere Länder in ein Blutbad stürzten.“ Die Bischöfe fügen hinzu, daß das brasilianische Volk immense friedliche Reserven an Geduld und Hoffnung habe, daß aber die Reserven nicht unerschöpflich seien. „Weiter wird von uns eine innere Umkehr gefordert, eine Entmilitarisierung des Geistes, die uns dazu führt, allen unseren Brüdern offenen Herzens die Hand zu reichen.“ Damit deuten die brasilianischen Bischöfe erneut ihre Bereitschaft an, über die strittigen Fragen und Konflikte mit der Regierung und ihren einzelnen Organen zu diskutieren, um den in den letzten Monaten besonders gefährdeten Dialog nicht abbrechen zu lassen.

Vom 8.-17. Februar 1977 findet die 15. Allgemeine Versammlung des brasilianischen Episkopates in São Paulo statt. Alle Bischöfe Brasiliens werden dann die anstehenden Fragen ausführlich diskutieren und sicher in Einzelfragen nicht immer einer Meinung sein. Die Berichte und Vorlagen zweier Kommissionen werden mit besonderer Spannung erwartet, da sie zu den zur Zeit wichtigsten Problemen Stellung nehmen: Bodenrecht und Indianerpolitik. O. G.

Rhodesiens Kirche zwischen den Fronten

Durch die Genfer Konferenz und die fast täglichen Berichte über den Guerrillakrieg ist Rhodesien/Simbabwe von neuem ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt. Der folgende Beitrag will nicht auf die Gesamtproblematik dieses Landes eingehen, sondern einige Hintergrundinformationen bieten, die zur Beurteilung der Verfassungsgespräche wie für die Lage der Kirche in Rhodesien wichtig sind.

Die Datumsfrage für die Unabhängigkeit

Joshua Nkomo, Robert Mugabe, Ndabaningi Sithole und viele andere afrikanische Delegierte an der Genfer Rhodesien-Konferenz, deren erste Session vom 25. Oktober bis 15. Dezember 1976 dauerte, haben schon einmal an einer Verfassungskonferenz unter britischem Vorsitz teilgenom-

men. Das war im Februar 1961 im Lancaster House zu London. Die dort ausgehandelte Verfassung hätte in ungefähr 15 Jahren zur afrikanischen Mehrheitsregierung führen sollen. Inzwischen sind 16 Jahre verstrichen. Kaum jemand zweifelt, daß die Genfer Konferenz die *letzten* Verhandlungen zwischen Vertretern der afrikanischen Mehrheit und der von Ian Smith geführten weißen Minderheit darstellt. Die folgenden Beobachtungen sollen dies begründen.

Während Wochen wurde in Genf über wenig anderes gesprochen als über das Datum der Entlassung des Staates Simbabwe in die Unabhängigkeit, die Dauer der Übergangsregierung. Dahinter stehen die Erfahrungen von Angola und Mosambik. In Angola brach unter anderem deshalb der Bürgerkrieg aus, weil die aus Portugiesen und Angolanern verschiedenster Gruppen zusammengesetzte Übergangsregierung in einem Machtvakuum operieren mußte, das nicht rasch genug durch diese Regierung selbst gefüllt werden konnte. In Mosambik hielten weiße Siedler während mehreren Tagen das Rundfunkgebäude in Lourenco Marques (jetzt Maputo) besetzt. Auch verübten sie wirtschaftliche Sabotage an einigen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Deshalb also die Forderung der afrikanischen Delegationen, die Zeit der Übergangsregierung auf ein Minimum zu beschränken. Die britische Delegation einigte sich schließlich mit den Afrikanern, daß zwischen dem 1. Dezember 1977 und 1. März 1978 die Unabhängigkeitserklärung des Staates Simbabwe erfolgen soll, sofern die Genfer Verhandlungen erfolgreich sind.

Das Mißtrauen gegenüber Smith und der von ihm geführten Rhodesischen Front Partei hat sich während der Genfer Verhandlung weiterhin verschärft. Zweifel wurden laut, ob Smith die am 24. September 1976 gegebene Grundsatzerklärung, daß er einer afrikanischen Mehrheitsregierung Platz machen wolle, ernst gemeint habe. Während der Konferenz wurde ein Geheimprotokoll bekannt, das einen Putsch der Rhodesischen Front Partei

während der Zeit der Übergangsregierung in Erwägung zieht. Die Echtheit des Dokumentes, das in der Londoner „Financial Times“ (1.11.76) veröffentlicht wurde, ist von der rhodesischen Regierung nie bestritten worden. Danach habe *Ted Sutton-Price*, ein einflußreicher Minister im Kabinett Smith, am 7. 10. 1976 vor einem Ausschuß der Rhodesischen Front Partei erklärt: „Sofern uns nach zwei Jahren [= die von Smith vorgesehene Zeit für die Übergangsregierung] die Verfassung nicht passen sollte... wären wir dann in einer besseren Lage, den Krieg weiterzuführen, als jetzt. Wir hätten dann zwei Jahre Zeit gehabt, um im Weltmarkt offen Handel zu treiben. Mit den zwei Milliarden des (Rhodesien versprochenen) Entwicklungsfonds könnten wir die Wirtschaft wieder ankurbeln. Wir hätten auch zwei Jahre Zeit, um aufzurüsten und die Armee zu stärken. Die Rekrutierung für die Streitkräfte könnte ausgeweitet werden.“

Das Protokoll der Rede von Sutton-Price macht auch verständlich, warum die Nationalistenführer nicht bereit sind, während der Übergangsregierung das Verteidigungs- und Innenministerium in weißen Händen zu lassen. Dies käme der Gefahr eines Bürgerkrieges gleich. Ist es doch kaum anzunehmen, daß sich die Guerilleros von einem weißen Verteidigungsminister demobilisieren und in eine reguläre Armee eingliedern lassen. Dazu braucht es die Autorität ihrer eigenen Befehlshaber. Nur den Kommandanten der Guerilleros wird es gelingen, eine neue Armee zu schaffen, auf die sich eine Übergangsregierung verlassen kann.

Wunsch nach „gemäßigter Regierung“

Erst im Januar 1977 erklärte sich Großbritannien bereit, während der Übergangszeit eine aktive und direkte Rolle zu übernehmen. London hat schließlich erkannt, daß das Mißtrauen der afrikanischen Nationalisten gegenüber der Rhodesischen Front Partei zu groß ist, als daß eine Zusammenarbeit zwischen den weißen und

schwarzen Politikern Rhodesiens überhaupt noch möglich ist. So sollen jetzt die weißen Engländer die weißen Rhodesier ersetzen. Ian Smith hat diese „Einmischung“ Englands kategorisch abgelehnt. Wie es aber Großbritannien ohne Einsatz von eigenen Truppen gelingen wird, seinen Einfluß auf Smith wie auf die schwarze Bevölkerung während der Übergangsregierung geltend zu machen, ist noch nicht abzusehen.

Alle die im Vorder- oder Hintergrund an der Rhodesien-Konferenz beteiligten *westlichen* Mächte haben nur einen Wunsch: In Simbabwe soll eine „gemäßigte“, d.h. eine dem Westen gewogene schwarze Regierung zum Zug kommen. Aus diesem Grund hat die Erklärung der Präsidenten der sogenannten Frontstaaten (Mosambik, Botswana, Sambia, Tansania, Angola) allein die mit den Guerilleros verbündete Patriotische Front von Robert Mugabe und Joshua Nkomo zu unterstützen, sowohl bei der Regierung Smith wie auch in Südafrika, der USA und auch in Großbritannien Entrüstung ausgelöst (vgl. International Herald Tribune, 13.1.77). Für die USA kommt dies einer Einladung an die Sowjetunion gleich, ihren Einflußbereich im Südlichen Afrika massiv zu erweitern. Afrikanische Politiker antworten darauf, daß wieder einmal der Westen ihren Befreiungskampf mit der (für sie angeblich irrelevanten) Ost-West-Auseinandersetzung vermenge, wenn nicht gar verwechsle.

Noch besteht Hoffnung, daß der Rhodesienkonflikt am Verhandlungstisch gelöst und dadurch der Krieg abgekürzt werden kann. Grund dieser Hoffnung sind die wirtschaftlichen Eigeninteressen, die Mosambik, Botswana und Sambia, aber auch Großbritannien und Südafrika an einer baldigen Lösung der Rhodesienfrage haben. Der afrikanische Machtblock der „Frontstaaten“ besitzt genügend Mittel, um auf die Politiker Simbawes und ihre Guerilleros Druck auszuüben. Auch Südafrika, Großbritannien und die hinter ihnen stehenden USA verfügen über weitere Druckmittel, um Ian Smith an der Stange, d.h. am Konferenztisch, zu halten.

Das Dilemma der Kirche

Wie sich die Kirchen in diesem konfliktgeladenen Land verhalten, ist zum Teil durch die Schlagzeilen der Presse bekanntgeworden. (Über deren grundsätzliche Haltung informiert *R. Niemann*, Von Rhodesien zu Zimbabwe, Haaf u. Herchen, Frankfurt a. M., 1976, 47–110). Die Kommission *Justitia et Pax* der Katholischen Bischofskonferenz veröffentlichte zwei ausführliche Berichte über das Verhalten der weißen Truppen gegenüber der afrikanischen Zivilbevölkerung. Die Dokumente, die im Ausland gedruckt werden mußten, deren Inhalt aber in Rhodesien bekanntgeworden ist, haben die Regierung Smith und manche weißen Christen in Salisbury und Bulawayo verärgert (*The Man in the Middle: Torture, Resettlement and Eviction*, Catholic Institute for International Relations, London 1975, 22; deutsche Übersetzung *Rhodesien: Menschen zwischen den Fronten*, Imensee/Schweiz 1976, 48; *Civil War in Rhodesia: Abduction, Torture and Death in the Counter-Insurgency Campaign*, Catholic Institute for International Relations, London 1976, 104).

Durch die Presse sind auch zwei weiße katholische Bischöfe Rhodesiens, Lamont und Schmitt, weiter bekanntgeworden. Der Bischof von Umtali, *Donal R. Lamont O. Carm.*, wurde am 1. Oktober 1976 zu zehn Jahren Gefängnis mit Schwerarbeit verurteilt. Er hatte sich geweigert, Guerilleros der Polizei anzuzeigen, und seine Mitbrüder aufgefordert, ebenso zu handeln. Der ehemalige Bischof von Bulawayo, der Deutsche *Adolf G. Schmitt MM*, wurde am 5. Dezember 1976 mit seinem Mitbruder *Anton Possenti Weggartner* und der Ordensschwester *Maria-Francis Elisabeth van den Bergh* ermordet (HK Januar 1977, 52). Ob es sich beim Mörder, laut Aussagen einer überlebenden Ordensschwester, um einen Guerillero handelte, dürfte kaum je bekannt werden. Der Mörder soll unter noch nicht abgeklärten Umständen dem Gefängnis von Victoria Falls entwichen sein. Seit dem 28. November 1976 vermis-

sen die im Bistum Gwelo arbeitenden Immenseer Missionare den Priester *Georg Jörger*. Ein anderer Schweizer, *Paul Egli*, wurde am 12. Januar 1977 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er bei fünf Gelegenheiten die Anwesenheit von Guerilleros in einer Pfarrei der Polizei nicht gemeldet hatte.

Das kirchliche Leben im ganzen Land, vor allem aber in den Aufmarschgebieten der Guerilleros, ist seit Juni 1976 von der Unsicherheit des Krieges geprägt. Da sind einerseits die rhodesischen Truppen, die vorübergehend Missionsstationen besetzten oder von den von der Kirche errichteten Infrastrukturanlagen Gebrauch machen. Andererseits stoßen die in der Kampfzone lebenden Missionare auf immer mehr Guerilleros, die sie aus Gewissensgründen nicht, wie gesetzlich gefordert, den Behörden anzeigen können.

Missionare wollen bleiben

Bisher genießen die Missionare weitgehend den Schutz der Guerilleros. Ihnen wird immer wieder mitgeteilt, welche Straßen und Wege sicher und welche vermint sind. Je stärker ein Missionar ein Mann des Volkes ist, um so sicherer ist er. Denn Guerilleros haben die Weisung, dem Urteil der Ortsbevölkerung zu folgen, wenn es darum geht, gegen Weiße oder Schwarze mit Gewalt vorzugehen. Das selektive Vorgehen der Guerilleros könnte an vielen Beispielen belegt werden. Auf einer Missionsstation in der Diözese

Umtali wurde z. B. einer der Priester von den Guerilleros aufgefordert, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Als seine zwei Mitbrüder fragten, warum sie denn bleiben könnten, erhielten sie zur Antwort: Ihr behandelt die Leute gut.

Weit schwieriger gestaltet sich die Auseinandersetzung der Missionare mit der sozialistischen Ideologie der Guerilleros. Diese unterscheidet sich nicht wesentlich von der Ujamaa-Lehre der tansanischen Regierung. Aber wegen der langjährigen Abgeschnittenheit Rhodesiens von den schwarz regierten Staaten Ostafrikas haben die Missionare einen Informationsrückstand, der sie in der gegenwärtigen Situation und in Zukunft schwer belastet. In einigen Diözesen beginnt man jetzt aber, sich unvoreingenommen mit den gesellschaftspolitischen Modellen Tansanias, Sambias und Mosambiks auseinanderzusetzen.

Unbestritten bleibt der missionarische Grundsatz: Wir bleiben. *Josef Amstutz*, der Generalobere der Schweizer Immenseer Missionare, hat diese Haltung am 27. Dezember 1976 auf einer Pressekonferenz wie folgt ausgedrückt: „Obwohl der grundsätzliche Entscheid, zu bleiben, mit nicht geringen Risiken verbunden ist, läßt uns die Verpflichtung gegenüber der Kirche von Simbabwe keine andere Wahl. Gerade jetzt, in der Zeit der Bedrohung und Erprobung, braucht die Kirche unsere Mitarbeit. Nachdem wir uns in den Dienst dieser Kirche und des simbabwischen Volkes gestellt haben, werden wir jetzt beim Wort genommen.“ *M. T.*

Katholiken und Moslems auf den Philippinen

Wieder einmal sind die Philippinen in die Schlagzeilen geraten. Einige Hoffnung knüpfte man allgemein an die Mitteilung, die Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Moslemführern in Libyen hätten einen Waffenstillstand und eine voraussichtlich baldige friedliche Beilegung des Kon-

fliktes gebracht. Geradezu allergisch reagierte der philippinische Präsident *Ferdinand Marcos* auf einen in der amerikanischen Presse zitierten Bericht des US-Außenministeriums über Folterungen auf den Philippinen. Die katholische Kirche schließlich, die stärkste und einflußreichste Gruppe-